

Inserate

werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Ges. Ad. Schles. Hoflieferant.  
Dr. Gerber- u. Breitestr.-Gde.  
Olio Nierlich, in Firma  
J. Lermann, Wilhelmstraße 8.

Berantwortlicher Redakteur:  
E. Fortane  
in Posen.

# Posener Zeitung

Reunionszeitung  
Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
Ad. Rose, Hassenstein & Vogler S. C.  
G. L. Taube & Co., Frankenthal

Berantwortlicher für den  
Inseratenteil:  
J. Klugkist  
in Posen.

Nr. 104

Donnerstag, 11. Februar.

1892

## Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Nebeneinkommen gestattet.)

168. Sitzung vom 10. Februar, 2 Uhr.

Die Vorlage betr. die **Einzugung der österreichischen Vereinstaler** wird in zweiter Lesung abgelehnt. Es folgte die zweite Berathung des **Stats der Verwaltung der Eisenbahnen**.

Abg. Dr. Lingen (Btr.) bedauert es, daß die Zentralverwaltung in der Bezeichnung der dienstfreien Sonntage zu burokratisch verfahren, wie das die Kommissionsverhandlung gezeigt habe.

Berichterstatter Abg. Dr. Hammacher giebt eine Zusammenfassung der Nachweisungen über die Sonntagsruhe der im Eisenbahndienst beschäftigten Personen und giebt zugleich der in der Kommission zur Erörterung gelungenen Klage über die unzureichende Verführung der höheren Eisenbeamten Ausdruck.

Präsident der Reichseisenbahnen **Thielen**: Die Ausbildung der höheren Beamten im Eisenbahndienst weist Lücken auf, und es schweben Erörterungen darüber, wie diese Lücken auszufüllen sind. Was die Sonntagsruhe betrifft, so ist meinerseits Alles geschehen, um dieselbe möglichst zu erweitern und die Arbeitszeit so weit zu verkürzen, daß die Arbeitskraft der Beamten möglichst geschont werde. Es ist eine Kommission niedergesetzt, welche sich mit der finanziellen Tragweite dieser Sache beschäftigt, und nach deren Ergebnissen die Regelung erfolgen wird.

Abg. Schrader (df.) bringt nochmals die Frage der Tarifreform zur Sprache. Während man früher über deren Notwendigkeit und Durchführbarkeit vollständig einig war, wird uns jetzt erklärt, daß für die nächste Zeit in Deutschland an einer Tarifreform wegen der finanziellen Verhältnisse der preußischen Eisenbahnverwaltung nicht zu denken sei, obwohl die Verwaltung immer noch große Überflüsse erzielt. Für Elsaß-Lothringen trifft diese Rücksicht aber nicht zu, die finanziellen Ergebnisse sind nicht ungünstig und spielen auch im Verhältnis zum Reichshaushalte nicht eine so große Rolle, wie in Preußen. Man will trotzdem eine Reform der Personentarife nicht einführen aus Rücksicht auf die benachbarten Eisenbahnen. Soweit soll man in der Zurückhaltung nicht gehen, und das haben die elsässischen Eisenbahnen früher auch nicht getan, sondern sie haben den benachbarten Eisenbahnen scharfe Konkurrenz gemacht. Wegen eines geringen Rückgangs der Eisenbahnen in Preußen darf doch nicht jede Reform in ganz Deutschland sticken. Dazu kommt, daß man Reformen nur ein gros vornehmen will, was allerdings eine grosse Vorsicht erfordert.

Die Vorbereitungen bezüglich einer besseren Vorbildung der Eisenbeamten begrüße ich mit Freuden. Den technischen Eisenbeamten muß aber vor Allem ein besseres Avancement eingeraumt werden.

Eisenbahnminister **Thielen**: Die Eisenbahnverwaltung steht keineswegs jeder Reform feindlich gegenüber. Gerade seit der Eisenbahnstaatlichkeit sind bedeutende Reformen in den Personentarifen zu Stande gekommen. Wenn man nicht so weit gegangen ist, wie es der Vorredner will, so hängt das nicht bloß von der Finanzlage ab, sondern auch von der Schwierigkeit, ein Reformprojekt vorzubringen, das die Billigung aller findet. So hat das Reformprojekt meines Amtsvorgängers vielfachen Widerspruch seitens der Bezirkseisenbahnräte gefunden, und zwischen Nord- und Süddeutschland ist keine Einigung erzielt worden. Die Reform der Personentarife ist auch nicht so wichtig, wie die der Gütertarife. Für den Personentarif ist durch die Verbesserung und Vermehrung der Verkehrsmittel, durch allgemeine Einführung der vierten Wagenklasse und ähnliche Maßregeln viel gethan worden. Wenn in Ungarn die Fahrpreise auch niedriger sind, so sind dafür umfassende Verkehrseinrichtungen viel vortheilhafter für das Publikum. Eine dringende Veranlassung zu einer Reform liegt nicht vor. Das die Eisenbahnverwaltung nicht bloß von finanziellen Gesichtspunkten ausgeht, beweist die Reform des Berliner Vororttarifsystems, der erhöhte Ausgaben zur Folge gehabt hat, ohne daß die Einnahmen sich bisher gesteigert haben.

Abg. Th. v. Stumm (Rp.) meint dem Abg. Schrader gegenüber, daß unter dem Privatbahnsystem weniger Reformen vorgenommen worden seien als unter dem Staatsbahnsystem. Allerdings habe man von Anfang an den Fehler gemacht, die Eisenbahnneinnahmen zur Grundlage der gesammten Finanzverwaltung zu machen, anstatt den Überschuss zu Reformen zu verwenden. Die Schuld trage aber nicht die Eisenbahnverwaltung, sondern den Landtag und die Regierung überhaupt, und es seien für die Staatsausgaben ja auch sonst keine ausreichenden Einnahmen vorhanden. Angesichts der fortwährend gestiegenen Ausgaben könne man die Sache jetzt nicht mehr redressieren. Wünschenswert sei vor allem eine baldige energische Reform der Gütertarife im Interesse der Industrie und besonders des Bergbaues, die einen nennenswerten Aufschwung der Einnahmen nicht zur Folge haben werde.

Abg. Schrader stellt das Zugehörnis des Vorredners fest, daß die Eisenbahnstaatlichkeit in Preußen die Reform im ganzen Reiche erschwere. Die Gleichungen, die das Verkehrsnetz unter der Staatsbahnverwaltung erfahren habe, wären auch unter dem Privatbahnsystem erfolgt, unter dem ja auch eine große Anzahl Reformen zu Stande gekommen seien. Ja, das heutige Gütertarifsystem sei von der Staatsseisenbahnverwaltung nur auf die Initiative der Privatbahnen eingeführt worden.

Abg. v. Schalcha (Btr.) hält die Zurückhaltung der Staats-eisenbahnverwaltung für geboten, durch die Rücksichtnahme auf die Erhaltung ihrer Einnahmen. Redner spricht sich namentlich gegen eine Herabsetzung der Personentarife aus; es werde schon mehr gefahren, als der deutschen Nation gesund sei (Heiterkeit), schließlich löse sich Alles in Atome auf.

Abg. Dr. Krause (df.) weiß die reaktionäre Ausführungen des Vorredners zurück. Eine vernünftige Tarifreform verhindert nicht die Einnahmen, sondern hebt den Verkehr. Die deutschen Eisenbahnverwaltungen sollten sich, wenn keine Konkurrenz sie zu Verkehrsverbesserungen zwinge, ein Beispiel an den Tarifreformen in Österreich und Ungarn nehmen. Gerade im Interesse thunlichster

Ausnutzung der Eisenbahnen als hauptsächlichsten Einkommenobjekts sind Reformen geboten. Bei einer solchen Ausnutzung würde man nicht zu so hohen direkten und indirekten Steuern greifen müssen. Das deutsche Volk hat das Interesse, den Verkehr zu erleichtern, nicht aber, wie es Abg. v. Schalcha will, ihn zu schwächen.

Minister **Thielen**: Ich bin kein enragter Feind der Personentarifreform, sondern halte vielmehr die bestehenden Personentarife weder für ein Muster von Einheitlichkeit noch von Logik. Auch ich habe den Wunsch, die Tarife einheitlicher und billiger zu gestalten.

Abg. Singer (Soziald.) bringt weiterhin den Ausschluß sozialdemokratischer Arbeiter aus der Beschäftigung im Eisenbahndienst zur Sprache und verliest eine Verfügung der Straßburger Eisenbahndirektion. Redner bestreitet dem Staate als Arbeitgeber das Recht zu einer Maßregel, die eine Kontrolle der Arbeiter auch außerhalb des Dienstes in Bezug auf ihre politische Gesinnung und Handlungsweise bezieht. Es sei eine Annahme des Staates, die Arbeiter an der durch die Gewerbeordnung gestatteten Ausnutzung des Koalitionsrecht zu hindern. Wenn die Eisenbahnverwaltung die Arbeiter verläßt, zu Fackelzügen für scheidende Chefs, für die Bismarckspende, für das Sedanfest Beiträge zu zahlen, so dürfe sie auch nicht die Arbeiter hindern, denjenigen Bestrebungen nachzugehen, die für ihre Interessen von höchster Wichtigkeit sind. Man dürfe das um so weniger verbieten, als den Verwaltungsbeamten nicht verboten werde, Wahlagitator in der Werkstädt selbst zu treiben. Redner zählt darauf einige Fälle auf, in welchen Personen wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung aus der Beschäftigung im Eisenbahndienst der Straßburger Bezirks entlassen worden seien. Der Chef der Eisenbahnverwaltung sollte die Leiter der Werkstätten davor warnen, in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter in dieser Weise einzugreifen und sie zu Heuchlern zu machen oder zu Idioten zu stampfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Eisenbahnminister **Thielen**: Es sind im vorjährigen Jahre aus den Reichseisenbahnwerkstätten nur 5 Arbeiterentlassungen vorgekommen, die hier in Frage kommen können. Ein Arbeiter kam freiwillig um seine Entlassung ein, zwei wurden wegen Unredlichkeit entlassen und zwei weil sie sich an den Bestrebungen gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung agitatorisch beteiligt haben. (Große Bewegung bei den Sozialdemokraten. Hört! hört!) Einem Unterschied, ob das innerhalb oder außerhalb der Werkstätten geschieht, zu machen, darauf können wir uns nicht einlassen (hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Sehr gut! rechts. Pfui! bei den Sozialdemokraten). Die große Verantwortung der Staats-eisenbahnverwaltung für die Sicherheit des Betriebes, für das Wohl und Wehe so vieler Menschen erfordert dringend eine strengere Ordnung in den Werkstätten. Darum ist auch selbstverständlich in die Arbeitsordnung der Werkstätten der Reichseisenbahnverwaltung die Bestimmung aufgenommen, daß die Arbeiter sich nicht auf agitatorische Bestrebungen gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung einlassen dürfen (hört! hört!). Weil die paar Arbeiter an der sozialdemokratischen Agitation sich lebhaft beteiligt haben, ist denselben gefüllt worden (hört! hört!), und zwar unter Wahrung aller Humanität. Sie können sich anderwärts Arbeit suchen, in den Eisenbahnverhältnissen passen sie nicht hinein. Es fällt uns nicht ein, inquisitorisch nach den Gefüngnissen der Arbeiter zu forschen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zuruf: In Hannover ist es geschehen!) Im Gegenteil habe ich im vorjährigen Jahre die Generaldirektion der Reichseisenbahnen über meine Meinung nicht im Zweifel gelassen. Solange ich die Ehre habe, an der Spitze der Eisenbahnverwaltung zu stehen, werde ich steils so verfahren.

Ein Vertragungsauftrag wird angenommen.

Der Präsident stellt auf die nächste Tagesordnung Initiativ-anträge darunter auch den Zentrumsantrag auf Rückberufung der Beschlüsse.

Abg. Graf Ballestrem (Btr.) gibt darauf namens des Zentrums folgende Erklärung ab: Wir beantragen, unseren Antrag von der morgigen Tagesordnung abzuziehen. Wir stehen selbstverständlich nach wie vor auf dem Boden unseres Antrags. Die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus vom 19. Januar, aus dem sich zu unserem Bedauern die ablehnende Haltung der preußischen Regierung und damit die Aussichtslosigkeit für einen glücklichen Erfolg unseres Antrags zur Zeit ergibt, würde uns an und für sich noch nicht veranlaßt haben, auf die Beratung des Antrages in diesem Hause im jetzigen Augenblick zu verzichten. Wenn es dennoch geschieht, so thun wir es im Hinblick auf die Thatache, daß zur Zeit auf Beranlassung des Volksschulgesetzes in Preußen eine hohogradige, wenn auch nach unserer Meinung ungerechtfertigte Erregung im Lande hervorgerufen worden ist. (Zurufe links).

Wir müssen der Ansicht sein, daß die Verhandlungen über unseren Antrag benutzt werden würden, um die machtergreifenden Gegensätze noch mehr zu verschärfen. Wir glauben dem Lande einen Dienst zu erweisen, wenn wir dazu die Gelegenheit nicht geben. (Bravo! im Zentrum.) Wir vertrauen, daß die Zukunft eine Befestigung dieses allen Katholiken schmerzlichen Zustandes bringen wird, der durch das Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten herbeigeführt wird. Wir behalten uns vor die Beratung des Antrages zu geeigneter Zeit in geschäftsmäßiger Weise wieder in Anregung zu bringen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Antrag Träger, betreffend die Entschädigung unschuldig Verurteilster, Anträge Auer auf Aufhebung der Getreidezölle und Befreiung der Wirtschaftungen des Sozialistengesetzes. Schluss 5½ Uhr.

Abg. Dr. Krause (df.) weiß die reaktionäre Ausführungen des Vorredners zurück. Eine vernünftige Tarifreform verhindert nicht die Einnahmen, sondern hebt den Verkehr. Die deutschen Eisenbahnverwaltungen sollten sich, wenn keine Konkurrenz sie zu Verkehrsverbesserungen zwinge, ein Beispiel an den Tarifreformen in Österreich und Ungarn nehmen. Gerade im Interesse thunlichster

Inserate, die sich gesetzliche Verteilung über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf. auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugte Stelle entsprechend höher, werden in der Abrechnung für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. anerkannt.

Berantwortlicher für den Inseratenteil:  
J. Klugkist  
in Posen.

Abg. Dr. Potichius (lib.) bemängelt es, daß die Gechts-Sekretäre und Assistenten bei den Oberlandesgerichten besser gestellt seien als bei den Landgerichten.

Geh.-Rath Vierhaus vertröstet den Vorredner auf die Zeit der allgemeinen Einführung der Dienstalterstufen für alle Subalternbeamten, welche die Ungleichheiten beseitigen würde. Diese Einführung werde wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kap. Landgerichte befürwortet

Abg. v. Czarlinski (Pole) die Anstellung nur solcher Richter in den polnischen Landesheilen, welche der polnischen Sprache mächtig sind.

Abg. Gerlich (frk.) findet es merkwürdig, daß der Fonds für polnische Dolmetscher seit langer Zeit gleich bleibe. Bei dem Fortschreiten der Kenntnis der deutschen Sprache seien doch nicht mehr so viele Dolmetscher notwendig. Die Kinder lernen ja jetzt deutsch. Aber wenn diese Kinder erwachsen seien, so wüssten sie aus Eigenem nicht mehr deutsch sprechen. Diesem Eigenen werde durch die große Anzahl Dolmetscher nur entgegengesetzt.

Abg. Brandenburg (Btr.) hält die Einstellung der nötigen Anzahl Dolmetscher für eine Forderung der Gerechtigkeit.

Abg. v. Czarlinski (Pole) bestreitet, daß die Kenntnis der deutschen Sprache zugenommen habe.

Abg. Dr. Lieber (Btr.) spricht sich gegen die Zwangsgermanisierung durch die Verminderung der Dolmetscher aus. Im Gegebenheit sei das Verlangen des Abg. v. Czarlinski durchaus gerechtfertigt.

Abg. v. Jazdzewski (Pole) bittet, daß die der polnischen Sprache mächtigen in rein deutschen Provinzen angestellten Richter in ihre Heimat zurückgesetzt werden möchten.

Abg. Czwartina (sf.): Es wird keinem Richter einfallen, auf Kosten der Wahrheit Germanisierungsversuche zu machen. Der Richter wird zur schnellen und pflichtgetreuen Erledigung der Streitfragen eines Dolmetschers bedürfen. Wenn Nebelstände hervortreten sind, so liegt das nicht in der ungenügenden Zahl von Dolmetschern, sondern in der geringen Fähigkeit dieser Leute, und ich habe für die Erhöhung des Fonds gestimmt, damit befähigte Dolmetscher mit besserer Bezahlung angestellt werden. Es genügt nicht, daß der Dolmetscher nur die zwei Sprachen kennt, sondern er muß auch juristische Kenntnisse besitzen. Daher würde es sich empfehlen, vielleicht unbefolzte Assessoren interstitiell mit diesem Amte zu betrauen.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (kons.) tritt den Ausführungen des Abg. Gerlich bei.

Abg. Moty (Pole) bestreitet, daß häufig vor Gericht Kenntnis der deutschen Sprache von der polnischen Bevölkerung geheuchelt werde.

Abg. Oberhard (kons.) wünscht die Umwandlung der zahlreichen von Assessoren wahrgenommenen Staatsanwaltsstellen in etatmäßige Stellen.

Geh.-Rath Lucas erkennt das Bedürfnis nach der gewünschten Umwandlung an, welche nach Maßgabe der Finanzlage auch erfolgen werde.

Abg. v. Bülow (Wandsbek frk.) bringt die drückende Lage der Gerichtsschreibergehilfen in den preußischen Vororten der Hauptstädte zur Sprache und bittet, ihnen Theuerungszulagen zu geben.

Geh.-Rath Vierhaus erwidert, daß die Frage der Theuerungszulagen erwogen werde, daß man aber vorläufig einzig für eine Klasse von Beamten und nur für einen Theil des Staates eine solche Regelung nicht vornehmen könne.

Abg. Verche (df.) hält das Gehalt der Gerichtsschreibergehilfen und Assistenten für viel zu niedrig. Sie erhalten ein geringeres Gehalt als die anderen Subalternbeamten zweiter Klasse, obgleich an sie dieselben Anforderungen gestellt würden.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) bittet, den Gerichtsschreibergehilfen, welche das Gerichtsschreiberexamen gemacht haben, die Kosten für eine Stellvertretung zu erlassen sowie überhaupt die Vorbereitung zum Examen zu erleichtern.

Geh.-Rath Vierhaus erklärt, daß diese Erleichterung schon jetzt erfolge durch Bewendung in einem sie für die Examenzwecke fördernden Dienste.

Abg. v. Puttkamer-Treblin (kons.) bittet um Einrichtung von Gerichtsstagen in einigen Orten des Amtsgerichtsbezirks Nürnberg, namentlich in Treblin.

Geh.-Rath Cichholz sagt eine wohlwollende Erwagung der Frage zu.

Abg. Brandenburg (Btr.) macht auf die Mängel des Amtsgerichtsgebäudes in Quakenburg aufmerksam und bittet um deren Befestigung.

Geh.-Rath Starke sagt etwaigen Anträgen in dieser Hinsicht wohlwollende Prüfung zu.

Das Ordinarien wird darauf ohne weitere Debatte erledigt.

Beim "Extraordinarium" vermisst

Abg. Grimm (nl.) die Einstellung einer ersten Rate für den Bau eines Juizgebäudes in Wiesbaden, für welches der Bau doch schon seit langer Zeit reserviert sei.

Geh.-Rath Starke erklärt, daß das Projekt für das Gebäude mehrfach umgearbeitet werden müssen, weswegen die Ausführung derselben verzögert worden sei.

Darauf wird das Extraordinarium bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr (Estat der direkten Steuern).

Schluss 2½ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 10. Febr. Es ist kein sehr glänzender Erfolg, der mit der Zeichnung auf die neuen Anleihen erzielt worden ist, aber es ist immerhin ein solider Erfolg. Daß eine Wiederholung der abnormen Verhältnisse vom Vorjahr, wo eine mehr als 45-fache Überzeichnung der Anleihen stattgefunden hatte, nicht erwartet werden konnte, ist wohl das Selbstverständliche von der Welt. Damals galt es, eine

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 10. Februar, 12 Uhr.

(Nachdruck nur noch Nebeneinkommen gestattet.)

Wirkung nach außen hin zu üben, und jene Anleiheoperation war nicht nur die Antwort auf eine ähnliche Inszenierung seitens der Franzosen, sondern sie hatte zugleich den unausgesprochenen Nebenzweck, dem neuen System eine glänzende Folie zu gewähren. Von derartigen Rücksichten konnte diesmal keine Rede sein. Wenn es so durchweg solide, auf die zweckmäßigste Anlage ihres Kapitals bedachte Zeichner sind, die dem Reich und Preußen zusammen 360 Millionen zur Verfügung stellen, so erscheint eine drei- bis vierfache Überzeichnung, wie sie tatsächlich stattgefunden hat, unter allen Umständen als eine erfreuliche Probe auf die Kapitalkraft der Bevölkerung. Man muß bedenken, daß der Zinsfuß von 3 Proz. keineswegs derjenige ist, der sich mit den Anschauungen und berechtigten Forderungen des kapitalistischen Publums deckt. Den besten Beweis dafür gibt das allmäßliche Herabgleiten der Kurse der vorjährigen dreiprozentigen Anleihen, und die Besorgnis ist nicht grundlos, daß auch die jetzigen Anleihen nicht dauernd auf der Höhe des Emissionskurses verharren werden. Trotzdem haben sich die Kapitalkräfte eingestellt, die auch unter solchen verhältnismäßig ungünstigen Bedingungen ihr Vertrauen zum Kredit von Reich und Staat befunden wollen. Die einfache und jedes theatralischen Aufzuges entbehrende Art und Weise, wie diese Finanzgeschäfte gemacht werden, die selbstverständliche Sicherheit sozusagen, mit der wir eine Summe von 800 bis 1100 Millionen bereitstellen, sticht wohlthätig genug von den Finanzkalamitäten ab, unter denen Russland leidet. Es hat ja gewiß nichts Besonderes auf sich, wenn wir auch auf diesem Gebiete einen nicht einzuholenden Vorsprung vor dem östlichen Nachbar haben. Dazu gehört nicht viel, und so gering brauchen wir von uns nicht zu denken, daß wir uns etwas darauf einzubilden hätten. Aber eine gewisse Genugthuung kann die Gegenüberstellung dennoch gewähren. — Seitdem das Zentrum Regierungspartei geworden ist und seitdem die polnischen Ansprüche eine so weitgehende Berücksichtigung durch die Staatsregierung gefunden haben, lassen die Polen keine Gelegenheit vorübergehen, wo sie mit immer stärkeren Forderungen auftreten können. Heute gab es im Abgeordnetenhaus abermals eine kleine Polendebatte. Beim Justizrat regte der Abg. v. Czarlinski eine Erhöhung des Fonds für Dolmetscher an, auch sollten die Richter in den östlichen Landesteilen sich mehr als bisher die Kenntnis der polnischen Sprache erwerben. Diese Forderung wurde von den Zentrumsabgeordneten Lieber und Szmula lebhaft unterstützt. Natürlich! Wenn das jetzige System nicht dem Polenthum Freundschaft erwiese, so würde das Zentrum sich nichts daraus machen, ebenfalls nach der polnischen Seite hin entschiedener abzuschneiden. Jetzt aber ist für den Ultramontanismus keine Gefahr dabei, Anliegen zu unterstützen, die dem Polenthum eine weitere Kräftigung seiner Position bereiten sollen. Auffallenderweise wurde diese ganze Debatte geführt, ohne daß der Minister oder einer seiner Räthe sich an ihr beteiligt hätte. Soll etwa dem Wunsche des Abg. v. Czarlinski stattgegeben werden? Wundern würde es uns nicht. Eine Bemerkung des Abg. Szmula möge noch kurz erwähnt werden. Dieser Herr erklärte die offiziellen Berichte von den Fortschritten der deutschen Sprache in Oberschlesien für bloße Schönfärbereien. „Jeder Groschen, den die Regierung für Ausbreitung der deutschen Sprache ausgiebt, ist weggeworfen.“ Das ist ein hartes Urtheil, von dem wir als Laien glauben wollen, daß es übertrieben ist. Aber eine Auflösung, eine nähere Beleuchtung durch die Regierung wäre wohl am Platze.

**Bochum.** 10. Febr. Zu dem Schienenstempelfällungssprozeß behauptet Herr Zusangel in der "Westfäl. Volksztg." in einem weiteren Artikel, daß in der Benachrichtigung des ersten Staatsanwalts, wonach die Strafthaten des Herrn Baare verehrt sein sollen, ein Irrthum enthalten sein müsse. Das Schreiben des ersten Staatsanwalts nenne unter den Herrn Baare belastenden Zeugen auch den Weltmeister Defontaine in Bochum. Die Aussagen dieses Zeugen beziehen sich nach der "Westfäl. Volksztg." aber auf Vorgänge, die sich Ende 1889 resp. Anfang 1890 ereignet haben und Herrn Baare zur Kenntnis gekommen seien. Das Blatt des Herrn Zusangel führt alsdann die

Behauptungen weiter aus, indem es eine Reihe von Fällen mitteilt, wonach Herr Baare bis zum Jahre 1890 von den Schienenstempelfällungen auf seinem Werke Kenntnis gehabt habe.

**Aus Sachsen.** 10. Febr. Der "Vorwärts" muß hier gute Verbindungen haben. Nachdem er jüngst den Erlass des Prinzen Georg wegen der Soldatenmisshandlungen veröffentlicht hatte, publiziert er jetzt eine Birkularverfügung des sächsischen Ministeriums des Innern an die Kreishauptmannschaften vom 11. Februar 1891, worin eine gleichmäßige Handhabung des Vereinsgesetzes allen Parteien gegenüber eingeschärf wird; insbesondere soll die sozialdemokratische Partei ebenso wie jede andere behandelt werden.

### Parlamentarische Nachrichten.

Die Budgetkommission des Reichstages trat heute in die Berathung des Marine- und Flottenteils ein. Nach Bewilligung der Stelle eines vortragenden Raths und einiger weiterer Beamtenstellen trat die Kommission in eine Generaldebatte über die Denkschrift, betreffend die Vermehrung des Flottenpersonals ein, deren Inhalt Staatssekretär Hollmann eingehend begründet. In den letzten Jahren hätten alle größeren Marineneinschlüsse gemacht, um sofort beim Ausbruch des Krieges mit ihrer Schlachtflotte bereit zu sein. In der französischen Flotte sei volle Besatzung für die besonders hervorragenden Kriegsschiffe, in der russischen für alle Schiffe vorhanden; was der Staatssekretär im Einzelnen nachweist, aber mit der Bitte, die Zahlen nicht zu veröffentlichen. Daraus folge, daß wir entsprechend mehr, als bisher gehabt, thun müßten. Das Notwendigste finde sich in den jetzt gestellten Forderungen. Nach Bewilligung derselben würde im Kriegsfall sehr bald unsere Flotte kampffähig sein. Abg. Hünze berechnet die geforderte Vermehrung des Mannschafts-Personals auf 3014 oder 26,9 Prozent. Schon jetzt sei die Marine in steigendem Maße auf die Landbevölkerung angewiesen (1890: 1806 seemännische, 1336 Landbevölkerung); bei einer Vermehrung um 1000 Mann werde die Landbevölkerung die Oberhand haben. Es entstehe nun die Frage, ob eine so große Vermehrung des Flottenpersonals möglich und ausführbar sei. Abg. von Henck befürwortet die Forderung unter Bestätigung der bezüglich der französischen Flotte gemachten Angaben. Abg. Richter weist auf den Widerspruch zwischen den jetzigen und den früheren Forderungen der Verwaltung hin. Zur Schlachtflotte würden jetzt alle brauchbaren Schiffe gerechnet, und für diese das Personal verlangt. Die Angaben des Staatssekretärs über die russischen Schiffe seien unklar. Staatssekretär Hollmann erwidert, zur heimischen Schlachtflotte würden gerechnet; die in der Denkschrift angeführten älteren und neueren Schiffe, die geschützte Kreuzer-Korvetten, Panzerfahrzeuge, sämtliche Aviso- und Torpedoboote, sowie sie sich in der Heimat befinden. Die Verstärkung des Flottenpersonals in Russland habe mit dem Retablissement der Schiffe, welche als eine Verstärkung der Flotte anzusehen sind, begonnen. Abg. v. Hünze erklärt, wenn es sich um eine starke Vermehrung der Flotte handele, würde er zurückhalten. Aber es handle sich lediglich darum, die vorhandene Flotte schlagfertig zu machen. Selbst nach Bewilligung der Forderung würde die französische und russische Flotte uns noch voraus sein. Ähnlich spricht sich Abg. Fricken aus. Nach kurzer Entgegnung des Abg. Richter wird die Berathung bis Sonnabend vertagt.

Die Kommission für das Volksschulgesetz hat gestern den Antrag Rückert, der in Übereinstimmung mit weiteren Kreisen der Bevölkerung die öffentliche Volksschule, wie in Bayern und Baden als gemeinsame Schule für die Kinder aller Bevölkerungsklassen konstruiert und demnach die Vorzüglichkeit höheren Lehranstalten u. s. w. befürwortet, gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt. Der Antrag wird im Plenum wiederholt werden. Donnerstag und Freitag hält die Kommission Tagesitzungen.

Das Zentrum schwenkt auch im Reichstage auf der ganzen Linie ein, um der Regierung seine Dankbarkeit für das Volksschulgesetz zu beweisen. Auch über das Telegraphenmonopolgesetz, welches der Reichstag kürzlich an die Kommission zurückgewiesen hatte, ist eine Versöhnung zwischen Zentrum und Konservativen zu Stande gekommen, um das Gesetz nach den früheren Beschlüssen der Kommission im Einverständnis mit dem Staatssekretär v. Stephan zu Stande zu bringen. An Stelle des Abg. Kurz, der sein Mandat niedergelegt hat, war zunächst der Abg. Schröder (frei) zum Vorsitzenden gewählt worden. Unter dem Vorwand, daß die Kommission bei dieser Wahl nicht vollständig gewesen, wurde heute zu einer Neuwahl geschritten und der konervative Abg. v. Gustadt zum Vorsitzenden gewählt. Darauf trat die Kommission in die Berathung ein. § 1 wurde mit einer kleinen Verschlechterung in folgender Fassung angenommen: Das Recht, Telegraphenanlagen für Vermittlung von Nachrichten anstatt für den allgemeinen Vermittelungsverkehr zu errichten und zu betreiben, steht ausschließlich dem Reiche zu. Unter Telegraphenanlagen sind die Fernsprech-Anlagen mitgegriffen. Auch § 2 Übertragung des Regals für

einzelne Strecken und Bezirke an Privatunternehmer oder Gemeinden wurde von der konservativ-klerikalen Mehrheit angenommen; dagegen ein Antrag des Abg. Biele (Bent), welcher das Recht der Städte auf ihre Straßen wahren sollte, abgelehnt. Danach ist anzunehmen, daß die Petitionen einer großen Zahl städtischer Behörden (auch aus Bayern), sowie die Beschlüsse des deutschen Handelstages bei der Mehrheit des Reichstages keine Berücksichtigung finden werden. Die Forderung, daß das Monopolgesetz gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf über die elektrischen Anlagen festgestellt werde, wies Staatssekretär v. Stephan mit dem Hinweis auf das Entwicklungstadium ab, in dem sich die Anwendung der Elektricität befindet. Abg. Schrader entgegnete, daß doch der dem Bundesrat vorgelegte Gesetzentwurf nichts enthalte, was der Entwicklung der Elektricität präjudiziere. Die Mehrheit aber erwies sich als jedem Argument unzugänglich.

### Militärisches.

Die Militärikriegsinvaliden aus den Feldzügen von 1864, 1866 und 1870/71 hielten am Dienstag in Berlin eine Versammlung ab, um über das Schicksal einer vor zwei Jahren an den Kriegsminister gerichteten Petition um Erhöhung ihrer Pensionen Näheres zu erfahren. Es wurde mitgeteilt, daß bisher ein Bescheid vom Kriegsministerium nicht eingetroffen sei. Die Versammlung beschloß darauf, nochmals ein Geleit an den Kriegsminister zu richten und auch an den deutschen Reichstag unter Mitteilung der an den Kriegsminister gerichteten Petition. Die Versammlung sprach dem Abg. Eugen Richter als dem einzigen Abgeordneten, welcher bisher für die Kriegsinvaliden eingetreten sei, ihren Dank aus, und erachtete es in einer einstimmigen Abstimmung als gerecht, die Petition zu berücksichtigen und die angestrebte Ausbesserung der Pension zu bewilligen.

Eine Spionengeschichte wird aus Augsburg gemeldet. Daselbst ist ein junger Fremder verhaftet worden, der sich auf der Hauptwache eingekämpft und versucht hatte, ein Gewehr zu stehlen. Bei der Befragung soll bei dem Verhafteten ein gestohlenes Gewehrholz und eine namhafte Geldsumme entdeckt worden sein.

### Aus der Provinz Posen

und den Nachbarprovinzen.

i. Gnesen, 10. Febr. [Mörder Bissen.] Wie die "Pos. Ztg." bereits mitgeteilt hat, ist der Mörder Bissen heute hier verhaftet und in das hiesige Gefängnis eingeliefert worden. Bekanntlich ist der Mörder wegen schweren Diebstahls in Posen in Untersuchungshaft. Er hat in der Nacht zum 18. Januar mittels eines Eisenheils seiner Bettstelle in raffinierter Weise seine vierfach verschlossene Zellenthür zu öffnen verstanden, sich alsdann verborgen gehalten und mit einem eisernen Bettfuß den Nachtaufseher Frankowski ermordet; er eignete sich hierauf dessen Dienstmütze und Stiefeln an und suchte alsdann das Weite. Gegen drei Wochen lang ist es dem Mörder gelungen, unentdeckt zu bleiben. Nur durch Zufall ist er jetzt entdeckt worden. Auf einem hiesigen benachbarten Dorfe hat er einen Diebstahl in Kleidungsstücken ausgeführt. Der Gendarm Helgenhauer hier ermittelte ihn als Dieb, worauf seine Verhaftung erfolgte. Bei derselben trug er eine rote Bauernjacke, welche von dem Diebstahl herührte und gab auf Befragen an, daß er Lubowski heiße und aus Gnesen sei. Um sich von der Richtigkeit dieser Angaben zu überzeugen, begab sich der Gendarm J. auf das Meldeamt zu dem Sekretär Niemer. Hier teilte er dem letzteren die Verhaftung und das Aussehen des Diebes mit. Herr Niemer schickte sofort nach der Bezeichnung des Signalements und Angabe des nicht in Gnesen existierenden angeblichen Namens Lubowski Verdacht, daß dies der Mörder des Frankowski sei. Er ließ sofort die Photographie des Mörders herbeischaffen und richtig, Bissen wurde in der Person des Verhafteten erkannt. Nach kurzem Zeugnen räumte der Mörder schließlich ein, den Mord begangen zu haben. Wie wir erfahren, soll er aus Russland stammen und wirklich nicht Bissen, sondern Lubowski heißen.

### Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 9. Febr. Wegen Verdachtes, den Versuch einer Brandstiftung im Schlosse gemacht zu haben, wurde der Töpfergeselle Eichler verhaftet. Die Staatsanwält

### Kleines Feuilleton.

Sterblichkeits- und Gesundheitsverhältnisse. Gemäß den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes sind in der vom 24. bis 30. Januar er. von je 1000 Einwohnern auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 20,0, in Breslau 22,4, in Königsberg 26,8, in Köln 27,5, in Frankfurt a. M. 22,1, in Wiesbaden 23,1, in Hannover 19,1, in Kassel 22,1, in Magdeburg 22,2, in Stettin 22,3, in Altona 35,0, in Straßburg 22,5, in Meß 21,8, in München 31,0, in Nürnberg 22,7, in Augsburg 43,6, in Dresden 25,4, in Leipzig 19,9, in Stuttgart 19,0, in Karlsruhe 22,1, in Braunschweig 19,1, in Hamburg 24,9, in Wien 28,7, in Budapest 31,4, in Prag 40,1, in Triest 48,6, in Krakau 43,0, in Amsterdam 28,7, in Brüssel 39,3, in Paris 33,1, in London 41,0, in Glasgow 26,1, in Liverpool 33,1, in Dublin 41,5, in Edinburgh 22,4, in Kopenhagen 24,1, in Stockholm 25,6, in Christiania 27,9, in Petersburg 29,4, in Warschau 24,4, in Odessa 27,5, in Rom 26,8, in Turin 22,7, in Benevento, in Alexandria. — Ferner in der Zeit vom 10. bis 16. Januar: in New-York 29,7, in Brooklyn 27,3, in Philadelphia 31,8, in Kalkutta 33,7, in Bombay 31,1, in Madras. — In der Berichtswoche zeigte der Gesundheitsstand in Berlin im Allgemeinen ähnliche Verhältnisse wie in der vorhergegangenen Woche und auch die Sterblichkeit blieb fast die gleiche, mäßige. Zahlreich kamen auch in dieser Woche akute Entzündungen der Atemorgane zur ärztlichen Behandlung, doch wurde der Verlauf vielfach ein milde und die Zahl der durch diese Krankheitsformen bedingten Sterbefälle eine kleinere. Auch Erkrankungen an epidemischer Grippe zeigten eine weitere Abnahme; aus 3 Krankenhäusern werden 18 Erkrankungen, aus der der Berichtswoche vorangegangenen Woche noch 22 Todesfälle an Grippe gemeldet. Dagegen traten akute Darmkrankheiten, besonders unter den kleinen Kindern, seltener zu Tage; die Teilnahme des Säuglingsalters an der Sterblichkeit blieb jedoch eine mäßige hohe: von je 10000 Lebenden starben, auf's Jahr berechnet, 66 Säuglinge. — Unter den Infektionskrankheiten kamen Erkrankungen an Masern und Diphtherie, letztere zumeist aus der Schöneberger Vorstadt und dem Stralauer Viertel, letztere aus dem Stralauer Viertel am zahlreichsten zur

Anzeige. Erkrankungen an Unterleibsyphus waren selten, auch Exkrankungen an Scharlach blieben in beschränkter Zahl und zeigten sich in keinem Landesteile in nennenswerther Weise. An Kindbettfieber kamen 5 Erkrankungen zur Meldung. In wesentlich steigender Zahl wurden rosenartige Entzündungen des Zellgewebes der Haut beobachtet. Auch Erkrankungen an Leukämien, die in 7 Fällen tödlich endeten, waren nicht selten. Häufiger gelangten auch Erkrankungen an akutem Gelenk rheumatismus zur ärztlichen Behandlung, während rheumatische Beschwerden der Muskeln seltener beobachtet wurden.

Wie viel geborene Berliner gibt es in Berlin? Unter den am 1. Dezember 1890 in Berlin als anwesend gezählten 1573794 Bewohnern waren nur 642651 oder etwa 41 Prozent geborene Berliner, 839556 Personen stammten aus anderen preußischen Landesteilen, 78883 aus außerpreußischen Bundesstaaten, und 17703 waren Reichsausländer. Nach der "Statistik Preuß." waren unter den im preußischen Staate als anwesend gezählten Personen nur 333 Proz. nicht in Preußen geboren, so daß also von der 2995281 Köpfe umfassenden Bevölkerungszahl Preußens 2895010 oder 96,67 Proz. im Königreich Preußen auch geboren sind. Von den im Staate geborenen und verbliebenen, in diesem Sinne als "lebhaft" zu bezeichnenden Bevölkerung haben Ostpreußen 240234, Westpreußen 86522, Brandenburg 34500, Bremen 142097, Württemberg 162064, Schlesien 237967, Sachsen 60157, Hessen-Nassau 57239 und Hohenzollern 942 Köpfe in Folge innerer Wanderungen an die übrigen Landesteile abgegeben, da sich am Zählungstage dort um die genannte Zahl weniger aus Preußen gebürtige Personen befanden, als im Staatsgebiete aus der betreffenden Provinz Gebürtige vorhanden waren. Berlin gewann durch innere Wanderungen 712281, Schleswig-Holstein 63250, Hannover 36106, Westfalen 69663 und Rheinland 140422 Köpfe. Die Provinz Brandenburg hat zwar in Folge der gewaltigen Ansiedlungskraft der in ihrer Mitte liegenden, aus dem Provinzialverbund ausgeschiedenen Landeshauptstadt im Ganzen durch innere Wanderungen, wie schon angegeben, 34500 Köpfe eingebüßt, indessen allein 287540 Personen an Berlin abgegeben und nur 84721 geborene Berliner aufgenommen. In Berlin befinden sich neben

642651 geborenen Berlinern mehr Brandenburger, Pommern und Böhmer (287549 bzw. 101936 und 76876) als in irgend einer anderen Stadt, ferner 123514 Schlesier, 77276 Sachsen, 71341 Ostpreußen, 57882 Westpreußen, 13511 Rheinländer, 10518 Hannoveraner, 7708 Westfalen, 6439 Hessen-Nassauer, 4886 Schleswig-Holsteiner und 131 aus Hohenzollern Gebürtige. Dagegen befanden sich am Zählungstage in den Provinzial- u. s. w. Hauptstädten Königsberg i. Pr. 147759 Ostpreußen, in Danzig 97799 Westpreußen, in Potsdam 33312 und in Frankfurt a. O. 44664 Brandenburger, in Stettin 93351 Pommern, in Breslau 57489 Böhmer, in Breslau 301034 Schlesier, in Magdeburg 158686 Sachsen, in Bremen 50139 Schleswig-Holsteiner, in Hannover 121780 Hannoveraner, in Münster i. W. 38895 Westfalen, in Frankfurt am Main 103439 Hessen-Nassauer, in Köln 239823 Rheinländer und in der Stadt Sigmaringen 3093 aus Hohenzollern Gebürtige.

Die Kolanuss. Wie der Chinesen seinen Thee, der Araber seinen Kaffee, so hat bekanntlich der Neger seine Kola- oder Gurunuss. Dieselbe wirkt ganz ähnlich den beiden genannten Getränken in Folge ihres Gehaltes an Coffein. Sie verscheucht nicht nur den Schlaf, sondern läßt auch die schädlichen klimatischen Einflüsse leichter ertragen, vermehrt und regelt den Appetit und verbessert das Trinkwasser. Ein so wirkliches nützliches Medikament spielt naturgemäß bei den Eingeborenen eine große Rolle, seine Überreichtung ist in Afrika gleichbedeutend mit der Sicherung von Gastfreundschaft und Schutz, und ohne dasselbe ist kein Geschäft einzuleiten. Ja, die Kolanuss dient geradezu als Münze. Diese "Kuh" ist der Same einer Sterculiacee, einer Verwandten des Kakao. Neuerdings ist es nun dem in Amerika weilenden, durch die letzte v. Gravenreuth'sche Expedition allgemein bekannt gewordenden Dr. Breuer gelungen, neben mehreren anderen zwei nahe Verwandte der Kola zu entdecken, welche vielleicht berufen sein dürften, eine wichtige Rolle in unserer westafrikanischen Kolonie zu spielen. Die eine derselben, Cola pachycarpa ist in den soeben erschienenen Beiträgen zur Flora von Afrika in Engler's botanischen Jahrbüchern abgebildet. Die bis 20 Zm. langen, 10 Zm. dicke Früchte enthalten zahlreiche, bis 9 Zm. lange und 4 Zm. dicke Samen.



olo neuer 210—215. — Roggen lolo ruhig, mecklenb. lolo "neuer 215—225, russ. lolo ruhig, neuer 190—195 nom. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübböhl (unverz.) ruhig, lolo 59,00. Spiritus matt, per Febr.-März 31 Br., per März-April 35 Br., v. April-Mai 35 $\frac{1}{4}$  Br., per Mai-Juni 35 $\frac{1}{4}$  Br. — Kaffee ruhig. Umsatz — Sad. — Petroleum ruhig, Standard white lolo 6,30 Br., v. März 6,15 Br. — Butter: Rahmalt.

Hamburg, 10. Febr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 68%, per Mai 67%, per Sept. 65%, pr. Nov. 62%. Behauptet.

Hamburg, 10. Febr. Badermarkt (Schlussbericht). Rüböhl Rohzucker I. Produkt Barts 88 p.c. Rendement neue Mance, fre an Bord Hamburg v. Febr. 14,47%, v. März 14,70, v. Mai 15,02%, v. August 15,35. Stetig.

Brot, 10. Febr. Produktenmarkt. Weizen solo preis., ver Frühjahr 10,50 Gd., 10,52 Br., per Herbst 9,35 Gd., 9,37 Br. Hafer v. Frühjahr 6,12 Gd., 6,15 Br. — Neu-Mais v. Mai-Juni 5,54 Gd., 5,56 Br. — Kohlraps v. Aug.-Sept. 13,30 Gd., 13,40 Br. — Butter: Kalt.

Paris, 10. Febr. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest, v. Februar 25,20, v. März 25,60, v. März-Juni 26,10, v. Mai-August 26,40. — Roggen ruhig, per Febr. 18,60, per Mai-Aug. 19,70. — Mehl fest, v. Febr. 54,30, v. März 55,00, v. März-Juni 55,70, v. Mai-Aug. 56,60. — Rübböhl ruhig, v. Febr. 54,75, v. März 55,50, v. März-Juni 56,25, pr. Mai-Aug. 57,00. — Spiritus ruhig, v. Febr. 47,50, v. März 47,00, v. März-April 46,75, v. Mai-August 46,00. — Butter: Nebelig.

Paris, 10. Febr. (Schlussbericht.) Rohzucker ruhig, 88 p.c. lolo 38,00 a 38,50. Weißer Bader fest, Nr. 3 per 100 Kilo v. Febr. 40,87%, v. März 41,12%, v. März-Juni 41,62%, v. Mai-August 42,00.

Gabre, 10. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Haufse. Rio 9000 Sad, Santos 10 000 Sad. Recettes für gestern.

Gabre, 10. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. März 89,25, v. Mai 88,25, v. Sept. 83,00. Behauptet.

Antwerpen, 10. Febr. Wolle. (Telegr. der Herren Willems u. Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Febr. — v. März 4,17%, Juni 4,25, Sept. 4,35 Käufer.

Antwerpen, 10. Febr. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Kaffees Type weiss lolo 15% bez. und Br., v. Febr. 15%, Br., v. März 15%, Br., Sept.-Dez. 15%, Br. Ruhig.

Antwerpen, 9. Febr. Getreidemarkt. Weizen träge. Roggen schwach. Hafer niedriger. Gerste ruhig.

Amsterdam, 10. Febr. Bancazzin 53%.

Amsterdam, 10. Febr. Java-Kaffee good ordinary 55.

Amsterdam, 10. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termint, niedriger, v. März 233, v. Mai 238. — Roggen lolo geschäftslos, do. auf Termine niedriger, per März 212, per Mai 217. Staps per Frühjahr. — Rübböhl lolo 28%, v. Mai 27%, v. Herbst 27%.

London, 10. Febr. 96 p.c. Javazucker lolo 16% ruhig.

Rüböhl-Rohzucker lolo 14% ruhig. Centrifugal Cuba —.

London, 10. Febr. An der Küste 1 Weizenlodung angeboten. — Regnerisch.

London, 10. Febr. Chilli-Kupfer 43%, ver 3 Monat 44.

London, 10. Febr. (Anfangsbericht) Fremde Befuhren seit letztem Montag: Weizen 31 710, Gerste 15 260, Hafer 45 100 Orts. Sämtliche Getreidearten sehr ruhig, nur Malzgerste gefragter.

London, 10. Febr. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Fremde Befuhren seit letztem Montag: Weizen 31 710, Gerste 15 260, Hafer 45 100 Orts.

Weizen im Allgemeinen matter, fremder nur 1%, sh. niedriger verträglich, russ. Hafer thätiger, fest. Nebrige Artikel unverändert.

Liverpool, 10. Febr. Baumwolle. (Anfangsbericht) Wirthsmäßlicher Umsatz 10 000 Ball. Festler. Tagesimport 7 000 Ball.

Liverpool, 10. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 B., davon für Spekulation und Export 1500 B. Amerikaner fester, Surats unverändert, Brasilianer 1/10 billiger.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 35%, Veräuferpreis, April-May 35%, do. Mai-Juni 37% Käuferpreis, Juli-Aug. 38%, Veräuferpreis, Aug.-Sept. 41%, do. Sept.-Okt. 46%, d. b.

Glasgow, 10. Febr. Hobelten. (Schluss.) Metted numbers warrants 43 lb.

Leith, 10. Febr. Getreidemarkt. Markt unbelebt, Preise nom, unverändert.

Chicago, 10. Febr. Weizen v. Febr. 86%, v. Mai 89%. Mais v. März 41%, Speck short clear 6,37. Pork v. Febr. 11,62.

Newyork, 10. Febr. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipeline certificates per März 6. Weizen per Mai 100.

Newyork, 9. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 7%, do. in New-Orleans 6%. Raff. Petroleum Standard white in New-York 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 35 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,80, do. Pipeline Certificates v. März 60. Bierlich fest. Schmalz lolo 6,85, do. Rohe u. Brökers 7,12. Ruder (Farr refining Muscovados) 3. Mais (New) v. März 49%, p. April 50%, v. Mai 49%. Rother Winterweizen lolo 103%. Kaffee Rio Nr. 7, 14%, Mehli 4 D. 00 C. Getreidefracht 21%, Kupfer —. Rother Weizen per Febr. 102%, März 102%, p. April 102%, v. Mai 100%. Kaffee Nr. 7 low ord. v. März 13,22, p. Mai 12,72.

Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 6 356 429 Dollars, gegen 8 259 288 Dollars in der Vorwoche.

### Berlin, 11. Febr. Wetter: regnerisch.

Newyork, 10. Febr. Rother Winterweizen. v. Febr. 102%, v. März 102%. C.

### Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 10. Febr. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit zumelst etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten weniger günstig.

Hier trat denn auch bald Realisationsneigung stärker hervor und die Kurse gaben allgemein etwas nach. Das Geschäft entwickelte sich Anfangs mäßig lebhaft, gewann aber bei Gelegenheit einiger Schwankungen für einzelne Ultimowerte größere Regelmässigkeit. Der Börsenschluss erschien matt.

Auf internationalem Gebiet waren österreichische Kreditaktien nach fester Eröffnung abgeschwächt und zu den ermäglichten Kursen ziemlich lebhaft; Franzosen und Lombarden behauptet; Luxemburg und Warschau-Wiener fester; schweizerische Bahnen schwach und still.

Inländische Eisenbahntickets ziemlich behauptet und sehr ruhig; Martinburg-Mlaka schwächer.

Bankaktien Anfangs fest; später namentlich in den spekulativen Devisen nachgebend; Diskonto-Kommandit-Anteile und Aktien der Deutschen Bank lebhafter.

Industriepapiere ruhig; Aktien von Brauereien mehr beachtet; Montanwerthe schwach und still.

Der Kapitalsmarkt erwies sich fest für heimische solide Anlagen; die neue 3pro. Reichs- und preußische Staats-Anleihe soll etwa drei bis vier Mal gezeichnet sein; auch fremde, selten Zinstragende Papiere ziemlich fest; russische Anleihen allmählich abgeschwächt.

Der Privatdiskont wurde mit 1%, Proz. notirt.

### Produkten-Börse.

Berlin, 10. Febr. Die schwächere Haltung, welche gestern gegen Schluss eintrat, wurde heute durch die Meldungen aus Newyork verschärft, nach welcher Weizen dort wesentlich billiger notierte. Das Geschäft in Weizen und Roggen war indeß sehr ruhig; die Preise gaben mehrere Mark nach. Gestern sind größere Partien inländischer Roggen von den Mühlen glatt gegen den laufenden Termin frei Mühle eingetauscht worden. Auch Hafer stellte sich bei stillsem Geschäft etwas billiger. Roggenmehl bei geringen Umsätzen merklich niedriger. Rübböhl still und schwächer.

Der Privatdiskont wurde mit 1%, Proz. notirt.

In Spiritus war der Handel gering; Völke und Termine müssen wesentlich nachgeben.

Nach Schluss des offiziellen Verkehrs trat für Roggen eine leichte Erholung ein.

Weizen (mit Ausschluss von Rauchweizen) v. 1000 Kg. Volo geschäftslos. Termine niedriger. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Volo 197—220 Mt. nach Qualität. Lieferungsqualität 202 Mt., p. diesen Monat — bez., v. April-Mai 207 bis 205,25—199 bez., per Mai-Juni 202—200,25—200,75 bez., per Junt-Juli 204,5—202,25—202,75 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Volo flau. Termine flau. Ge-

schäftslos. Termine niedriger. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Volo 200—210 Mt.

Wom., preis. und schles., mittel bis guter 150—162, hochfeiner 172—173 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat — bez., v. April-Mai 154—154,5—158,75 bez., v. Mai-Juni 154,5 bis 154,75—154,25 bez., v. Junt-Juli 155—154,5 bez.

Maïs per 1000 Kilo. Volo matt. Termine flau. Ge-

fündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Volo 141—151 Mt.

Wom., preis. und schles., mittel bis guter 150—162, hochfeiner 172—173 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat — bez., v. April-Mai 154—154,5—158,75 bez., v. Mai-Juni 154,5 bis 154,75—154,25 bez., v. Junt-Juli 155—154,5 bez.

Maïs per 1000 Kilo. Volo matt. Termine flau. Ge-

fündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Volo 141—151 Mt.

Wom., preis. und schles., mittel bis guter 150—162, hochfeiner 172—173 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat — bez., v. April-Mai 154—154,5—158,75 bez., v. Mai-Juni 154,5 bis 154,75—154,25 bez., v. Junt-Juli 155—154,5 bez.